

ANTRÄGE

1) Sichere Radrouten

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Den Titel Fahrradhauptstadt hat sich Graz nur bedingt verdient. Darin sind sich AnrainerInnen wie Interessensgruppen einig. Denn dafür, dass die Wege in der Stadt in der Regel relativ kurz sind, könnte die Zahl der RadfahrerInnen eigentlich sehr viel höher sein. Das würde das Verkehrs-, das Park-, und das Feinstaubproblem gleichzeitig verringern.

Vielen Menschen ist das Radfahren in der Stadt jedoch zuwenig sicher, um es sich oder ihren Kindern zumuten zu wollen. Das zeigt nicht zuletzt der rege Zuspruch zu einer Umfrage der Kleinen Zeitung, in der LeserInnen Mängel im Radwegenetz aufzeigen konnten. Deren klares Ergebnis war, dass die Unsicherheit vor allen Dingen in der mangelhaften Infrastruktur begründet liegt.

Dass Radwege plötzlich enden, zum Überqueren von Schienen zwingen, mit FußgängerInnen geteilt werden müssen oder gar nicht vorhanden sind, das bemängelt seit langer Zeit auch die Forschungsgesellschaft Mobilität (FGM). Dabei gibt es sogar 13 Hauptrouten durch Graz, „doch sind diese meist nur schwer als solche zu erkennen“, so Karl Reiter von der FGM. Er fordert daher, Gefahrenstellen – etwa an Kreuzungen – zu entschärfen und die Routen attraktiver zu machen, etwa durch eine bessere Beschilderung. Bei zukünftigen Projekten – Stichwort Griesplatz, wo in den Plänen der Radverkehr kaum eine Rolle spielt – sollen Radstrecken besser miteingeplant werden. Nicht zuletzt aus Kostengründen. „Radverkehr zu fördern, ist die günstigste

Möglichkeit, dem gesamten Verkehr etwas Gutes zu tun“, weiß er. Wo Radwege aus Platzgründen nicht möglich sind, verfiert er das Konzept der Fahrradstraßen-Tempo-30-Zonen, in denen Radfahrer und Radfahrerinnen Vorrang haben und auch nebeneinander fahren dürfen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht zu prüfen, wo Gefahrenstellen bei den bestehenden Hauptradrouten bestehen, um diese schnellstmöglich zu schließen und bei größeren Infrastrukturprojekten, wie Griesplatzumbau oder Reininghausverbindung, Radrouten prioritär miteinzuplanen sowie Straßen festzustellen, die zu Fahrradstraßen umgewidmet werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Spielstraßen

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Immer mehr Kinder leiden an den Folgen von Bewegungsarmut: Übergewicht und Haltungsschäden sind insbesondere bei Kindern aus dem urbanen Raum eine der

Hauptursachen für langwierige Erkrankungen. Als Maßnahme dagegen helfen zum einen Sportangebote, viel wichtiger ist es jedoch, den Kindern Raum für ihr wesentlichstes Bedürfnis zu geben: für das Spiel.

„In Zeiten neoliberaler Stadtentwicklung stellt sich die Frage: Wann und wo gibt es im öffentlichen Raum Zeit und Platz für Spiel – und für wen?“ Diese Frage wirft die – sehr sehenswerte – Ausstellung „Spielräume“ im Grazer Haus der Architektur auf. Und sie weiß auch eine Antwort darauf, die sich – leider zu selten – auch selbst beobachten lässt: Spielstraßen werden von Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen gerne genutzt. Egal, ob es das beinahe schon nostalgische Kästchenhüpfen ist oder Skateboard, Roller, Rad gefahren wird oder ein Federballturnier stattfindet. Auf der Spielstraße kommen Menschen jeden Alters aus der Nachbarschaft zusammen und lernen sich so auch kennen. Wer dieses bunte Treiben einmal erlebt hat, kann sich seinem Reiz kaum mehr entziehen. Das geht auch AutofahrerInnen so, die sich in diesen Straßen äußerst rücksichtsvoll verhalten.

In Graz gibt es leider bisher sehr wenige Spielstraßen, obwohl sich viele Wege, insbesondere Sackgassen, dafür anbieten würden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht zu prüfen, welche Straßen als Spielstraßen geeignet wären mit dem Ziel, diese dann schnellstmöglich umzuwidmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Errichtung einer Forstmeile

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es dürfte wohl unbestritten sein, dass Sport - richtig ausgeführt - gesundheitsfördernd ist und auch der Prävention dient. Der Bewegungsapparat und das Herz-Kreislaufsystem werden dadurch gestärkt, die Belastungen des Alltags ausgeglichen, auch die Psyche wird dadurch positiv beeinflusst.

Die Möglichkeit, einen „niederschweligen“ Zugang zu sportlicher Betätigung zu finden, sollte allen Menschen in Graz verstärkt gegeben werden, egal ob Jung oder Alt, Mann oder Frau.

Eine derartige Möglichkeit bieten sogenannte Forstmeilen, die insbesondere in Tirol stark verbreitet sind. Dabei handelt es sich um einfache Holz-Geräte, an denen man Übungen ausführen kann. Selbstverständlich sind genaue Anleitungen notwendig, um diese Übungen auch richtig und gesundheitsfördernd machen zu können.

Auch im städtischen Raum können derartige Forstmeilen zum Einsatz kommen, insbesondere die Gehwege am Murufer bieten sich dafür an.

Die Kosten dafür befinden sich im überschaubaren Bereich, zusätzlich könnten natürlich auch Sponsoren für die einzelnen Stationen gefunden werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, Möglichkeiten für die Errichtung einer „Forstmeile“ auszuloten und diese ehe baldigst umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Bruchholzbeseitigung in der Rettenbachklamm

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Rettenbachklamm in Graz-Mariatrost ist für viele Menschen ein sehr beliebtes Naherholungsgebiet. Besonders Familien nutzen dieses schöne, vor der Haustür gelegene Naturjuwel für erlebnisreiche Wanderungen.

Leider finden sich trotz vor kurzem erfolgter Sanierung durch den Alpenverein große Mengen an Bruchholz im gesamten Bereich der Klamm, eine Brücke am Ausgang des Klammbereichs weist eine viel zu niedrige Durchgangshöhe auf – die Gefahr von großen Hochwasserschäden ist akut.

Um die Anrainerinnen und Anrainer vor künftigen größeren Hochwasserschäden zu bewahren, sollte mit der Bruchholzbeseitigung raschest begonnen werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, die Bruchholzbeseitigung in Angriff zu nehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Chip-Ortungssystem für Fahrräder zur Fahrrad-Diebstahl-Prävention

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der VCÖ – der Verkehrsclub Österreich – sowie die steirische Medien erklärten im heurigen Sommer auf Basis von Zahlen des Innenministeriums Graz zu Österreichs Hauptstadt der Fahrraddiebe. So kommen auf ca. 1000 Grazerinnen ca. elf gestohlene Fahrräder pro Jahr.

Diesen unrühmlichen Titel sollte die Stadt Graz möglichst bald ablegen und mithelfen, dass das Eigentum der FahrradbesitzerInnen besser geschützt werden kann. Ähnlich dem System bei Autos soll es auch für Fahrräder die Möglichkeit zum Chip-Erwerb geben. Mittels GPS-Satelliten-Koordinaten könnten schon kurz nach dem Diebstahl gestohlene Fahrräder gepeilt und von der Exekutive zurückgeholt werden. Um Möglichkeiten für ein geeignetes GPS-System für Fahrräder auszuloten, sollten die Stadt-Verantwortlichen mit Chip-Herstellern und Fahrrad-Produzenten Kontakt aufnehmen. Grazerinnen und Grazer, die ihr Fahrrad auf diese Weise vor Diebstahl schützen lassen wollen, sollte dann von der Stadt Graz eine finanzielle Unterstützung angeboten werden. Mittels eines solchen einzigartigen Systems würde Graz von der Hauptstadt der Fahrraddiebe zum österreichischen Vorbild in puncto Fahrrad-Diebstahl-Prävention mutieren.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Um Möglichkeiten für ein geeignetes GPS-System für Fahrräder auszuloten, mit dessen Hilfe Grazerinnen und Grazer ihr Fahrrad vor Diebstahl schützen können, nehmen die

zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mit Chip Herstellern und Fahrrad-Produzenten Kontakt auf. Außerdem soll ein geeignetes Modell für eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Graz ausgearbeitet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Umgestaltung und Baumpflanzungen am Jakominiplatz

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es ist nun schon fast zwei Jahre her, dass die KPÖ Graz auf einige Versäumnisse am Grazer Jakominiplatz hingewiesen und die Forderung, diesen zu einem Platz zum Verweilen umzugestalten, geäußert hat. Seitdem hat sich ja ein wenig am Jakominiplatz getan. Es wurde zumindest versucht, den vorhandenen spärlichen „Grünraum“ ein wenig zu revitalisieren und abgestorbene Bäume wieder durch neue zu ersetzen. Auch wurde im heurigen Sommer ein Trinkwasserbrunnen für durstige BürgerInnen installiert.

Aber insgesamt wäre noch sehr viel zu tun, damit dieser Platz endlich auch etwas ansehnlicher und vor allem an heißen Sommertagen der Aufenthalt an diesem wichtigen Verkehrsknotenpunkt etwas erträglicher wird. Der Baum auf der Nordseite des Jakominiplatzes (vor dem ehemaligen Schuhhaus Corti) hatte schon im Sommer braune Blätter und nun ist er bereits blattlos. Hier wird vermutlich schon sehr bald - zum wiederholten Male - ein neuer Baum gepflanzt werden müssen. Bei der

Neupflanzung wäre es dringend geboten, dem neuen Baum mehr Fläche zuzugestehen. Sechs bis acht m² wären zum Überleben des Baumes rund um die Baumscheibe ideal. Überlegenswert wäre auch eine Unterpflanzung oder eine bequeme Rundbank als Verweilzone. Auch der eine Baum bei den Haltestellen der Linien 1, 3, 6 und 7 fristet ein recht trauriges Dasein.

Schade, dass im Zuge der Grabungsarbeiten am Jakominiplatz im heurigen Sommer (Schienentausch, Trinkbrunnen) nicht gleich die Gelegenheit genutzt wurde, endlich ein paar Schatten spendende Bäume rund um das Rondeau zu pflanzen. Das Versprechen der Politik dafür gibt es ja schon viele, viele Jahre.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen nehmen ehestmöglich die Umgestaltung des Jakominiplatzes im Sinne des Motivenberichtes in Angriff, damit dieser schon bald zu einem einladenden Platz zum Verweilen für alle Grazerinnen und Grazer wird. Ein besonderes Augenmerk ist dabei darauf zu legen, den neu gepflanzten Bäumen den für ein gesundes Gedeihen notwendigen Platz zuzugestehen. Bei der Gestaltung des Jakominiplatzes sollen die BürgerInnen in einen Bürgerbeteiligungsprozess eingebunden werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Taktverdichtungen und Orientierungshilfen für BesucherInnen bei Veranstaltungen in der Stadthalle

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Grazer Stadthalle finden regelmäßig Großveranstaltungen und Konzerte statt, viele von ihnen in den späteren Abendstunden.

Es wäre wichtig, dass die zahlreichen BesucherInnen das Gelände nach den Veranstaltungen rasch und zielgerichtet verlassen können, da große Menschenansammlungen spätabends für die BewohnerInnen in der Umgebung eine hohe Lärmbelastung darstellen. Voraussetzungen dafür wären einerseits ein entsprechendes Angebot an Straßenbahnen und Bussen und andererseits ein ausreichendes Informationsangebot (vor allem für BesucherInnen von auswärts) in Form von Schildern, Wegweisern und Infotafeln.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden gebeten, entsprechend dem Motivenbericht ein Konzept zu erarbeiten, damit die BesucherInnen nicht nur pünktlich zu den Veranstaltungen kommen, sondern diese auch wieder rasch, sicher und zielgerichtet verlassen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Online-Suche von Verstorbenen und deren Gräbern

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Graz hat, ähnlich wie unsere Bundeshauptstadt Wien, als zweitgrößte Stadt Österreichs eine sehr vielfältige Landschaft an Friedhöfen. Der Umgang und die Gestaltung unserer letzten Ruhestätten sagt einiges über eine Gesellschaft sowohl in menschlicher als auch kultureller Hinsicht aus. Um den Zugang und das Auffinden Verstorbener und einzelner Gräber zu erleichtern, stellen Städte wie Wien, Salzburg oder Klagenfurt eine Online-Verstorbenen- bzw. Gräber-Suche auf ihren Stadtportalen zur Verfügung – ein Dienst, der zum einen allen Bürgern für eine private Nutzung zur Verfügung gestellt werden könnte und zum anderen eine wissenschaftliche, etwa historische oder volkskundliche, Nutzung zuließe.

Zur Veranschaulichung und als mögliche Beispiele folgende Verweise:

Wien: <https://www.friedhoefewien.at/grabsuche.de>

Salzburg: https://www.sadt-salzburg.at/internet/leben_in_salzburg/gesellschaft_soziales/friedhoefe/sucheverstorbene.aspx

Klagenfurt: <http://www.klagenfurt.at/leben-in-klagenfurt/friedhofe/verstorbenensuche.html>

Aus diesem Grund ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, nach dem Vorbild der Städte Wien, Salzburg und Klagenfurt einen Online-Dienst für das Auffinden Verstorbener und deren Gräber auf Grazer Friedhöfen einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Änderung des Mietzinses in Gemeindewohnungen – rechtzeitige Erinnerung

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ausgehend von einem konkreten Fall, der eine Familie in einer Grazer Gemeindewohnung besonders folgenschwer trifft, und der auch im Rahmen einer Anfrage in der Fragestunde an Frau Stadträtin Elke Kahr thematisiert wird, soll auf dem Wege eines Antrages eine generelle und sämtliche Gemeindewohnungen betreffende Verbesserung der Transparenz der Mietzinsbildung erwirkt werden.

Der betroffenen Familie wurde mit Schreiben der Hausverwaltung am 10. Juni 2015 mitgeteilt, dass ihre Miete mit Wirksamkeit per 1. Juli 2015 aufgrund der beginnenden Rückzahlung des Landesdarlehens um rund € 160.- erhöht wird. Es bestünde wohl auch rechtlich im Rahmen des KSchG eine Möglichkeit, die Transparenz der Mietzinsbildung in Frage zu stellen, jedoch sind weder die Erfolgsaussichten besonders hoch, noch wäre es gerade dieser Familie zuzumuten, parallel zur Pflege ihres kranken Sohnes noch in einen Rechtsstreit zu treten, da bereits jetzt sämtliche zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgeschöpft sind.

Vielmehr geht es also darum, der Entstehung weiterer derartiger Fälle innerhalb der Verantwortung der Stadt Graz am Gebiet der Gemeindewohnungen mit einfachen Mitteln vorzubeugen. In gegenständlichem Fall wurde der Mietvertrag im Jahre 1997 abgeschlossen – eine angemessene Frist, um auf eine bevorstehende Erhöhung des Mietzinses hinzuweisen, wäre dazu geeignet, zukünftig solche Härtefälle zu vermeiden oder diese zumindest erheblich abzufedern.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz – im Besonderen Frau Stadträtin Elke Kahr in ihrer Ressortverantwortlichkeit für das Amt für Wohnungsangelegenheiten – werden ersucht, geeignete Möglichkeiten zu erarbeiten, um zu gewährleisten, dass für sämtliche Grazer Gemeindewohnungen angemessene Mitteilungsfristen bei Mietzinserhöhungen zu Anwendung gelangen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Aufforderung auf Erfüllung der Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 15. Mai 2014 wurden die Richtlinien für BürgerInnenbeteiligung im Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossen. Diese Leitlinien sehen vor, dass nach Einlangen einer Anregung, welche von mindestens 2 AkteurInnen wie z.B. Bezirksvertretung (Mehrheitsbeschluss in der Bezirksratssitzung), Mitgliedern des Gemeinderates (mind. 6 Mandatare analog § 99a Statut), MigrantInnenbeirat (Mehrheitsbeschluss), BürgerInnen (Quorum) unterstützt wird, diese weiter behandelt werden muss.

Im Fall der Anregung bzgl. Neugestaltung Griesplatz wurde die Anregung durch viele BürgerInnen, dem MigrantInnenbeirat sowie durch 13 GemeinderätInnen unterstützt.

Die Richtlinien sehen dann folgende weitere Schritte vor:

9.2. Behandlung der formalen Anregung

Nachdem Erlangen einer gleich lautenden formalen Anregung von zwei der vier oben genannten AkteurInnen im Referat für BürgerInnenbeteiligung

- wird die Anregung laut Formular auf der Website des Referates für BürgerInnenbeteiligung veröffentlicht (Ausnahmen: Beleidigungen, Unterstellungen...)
- wird die Anregung an das zuständige Stadtsenatsmitglied und die zuständige Verwaltungsabteilung weitergeleitet
- lädt das zuständige Stadtsenatsmitglied VertreterInnen der Anregungen (Kontakte über EinreicherIn) innerhalb von vier Wochen zu einem persönlichen Termin ein
- entscheidet das zuständige Stadtsenatsmitglied, ob er/sie die Anregung aufgreift oder bei der bis dahin geltenden Vorgehensweise bleibt
- wird eine schriftliche Stellungnahme über die Entscheidung sowohl den AnregerInnen übermittelt (über EinreicherIn) als auch auf der Website veröffentlicht.

Wird die Anregung aufgegriffen, dann ist der geänderten Vorgehensweise entsprechend die Information auf der Vorhabenliste zu aktualisieren.

Die Punkte 1 (Veröffentlichung) sowie 2 (Weiteleitung) wurden durchgeführt und die Anregung an die zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Herrn Stadtrat Eustacchio und Herrn Bürgermeister Nagl, weitergeleitet. Herr Bürgermeister Nagl hat auch - so wie es die Leitlinie vorsieht – alle Beteiligten zu einem Gespräch eingeladen und somit alle Punkte vorbildhaft erfüllt.

Unverständlich ist zurzeit jedoch die Art und Weise, mit der Herr Stadtrat Mario Eustacchio einstimmige Beschlüsse des Gemeinderats, die von seiner Partei mitgetragen wurden – in diesem Fall die Leitlinie für BürgerInnenbeteiligung - nicht ordnungsgemäß ausführt. So hat Herr Stadtrat Eustacchio Punkt 3 der Leitlinie - die Einladung zu einem persönlichen Gespräch auf Nachfrage mit einem E-Mail abgelehnt. Zitat: "... es wurde vom Büro Stadtrat Mag. Eustacchio mitgeteilt, dass kein Gesprächstermin mit den AnregerInnen angeboten wird."

Nach dieser Vorgehensweise stellt sich nicht nur die Frage, ob es für einen Stadtrat einfach möglich sein kann und darf, Leitlinien und Beschlüsse nicht ordnungsgemäß umzusetzen, sondern auch wie man als einzelne Partei und als Stadt Graz wirklich zum Thema BürgerInnenbeteiligung steht.

Daher stelle ich im Namen der Piratenpartei und allen UnterstützerInnen folgenden

A n t r a g :

Die Magistratsdirektion wird ersucht, Stadtrat Mario Eustacchio auf die bestehenden Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung der Stadt Graz, sowie auf seine Vorbildfunktion als Stadtrat hinzuweisen und ihn aufzufordern, alle noch nicht durchgeführten Punkte – wie zum Beispiel die AnregerInnen zu einem persönlichen Gespräch einzuladen – zu erfüllen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.55 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsck

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Stadträtin Elke Kahr

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb